

Positionspapier

UMGANG MIT DER AfD

Die Alternative für Deutschland ist derzeit in 14 Landtagen und seit dem September 2017 auch im Deutschen Bundestag mit jeweils eigenen Fraktionen vertreten. Dies wird nach aktuellen Umfragerwerten bald auch für Bayern und Hessen gelten, wo dieses Jahr Landtagswahlen stattfinden werden, so dass die AfD Ende 2018 voraussichtlich in allen Landtagen vertreten sein wird. Auch wenn sie bisher nirgendwo in Regierungsverantwortung steht, das Auftreten von rechtspopulistischen Parteien verändert auch ohne eine Regierungsbeteiligung die politische Kultur entscheidend: Bisher nicht aussprechbare menschenverachtende Äußerungen werden aussprechbar und dringen in die politische Realität vor.

Die AfD ist programmatisch eine nationalistische und europafeindliche Partei, die zunehmend rassistische, extrem rechte und damit antidemokratische Positionen vertritt, die unserem Grundgesetz und den Werten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung entgegenstehen. Diese Entwicklung darf nicht unterschätzt und auf die leichte Schulter genommen werden. Es bedarf einer ernsthaften gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Die umweltpolitischen Positionierungen der AfD widersprechen in ihren Grundsätzen den Beschlüssen des DNRs. Die AfD erkennt zudem internationale Vereinbarungen, beispielsweise die der Klima-konferenz von Paris, des G7-Gipfels in Elmau sowie der Agenda2030 von New York, und die damit verbundenen Verpflichtungen Deutschlands nicht an. Dadurch blockiert sie bisher erreichte Errungenschaften im Klima- und Umweltschutz sowie die damit einhergehende international anerkannte Vorreiterrolle Deutschlands. Die umweltpolitischen Positionen der AfD sind rückwärtsgerichtet und verwehren eine zukunftsfähige und sozialverträgliche Umweltpolitik.

Als Dachverband von 89 Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, die zusammen elf Millionen Menschen erreichen, muss der DNR daher seine Position im Umgang mit der AfD bestimmen. Grundsätzliche Positionierungen haben wir bereits getroffen ([Aufruf: Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie! Für Freiheit und Solidarität weltweit](#), 3.9.2017; [Resolution Weltoffenes Deutschland in Europa](#), verabschiedet auf der MV am 16.11.2016).

Einige Mitgliedsorganisationen haben darüberhinausgehend Analysen der umweltpolitischen Positionen der AfD veröffentlicht und Handlungsempfehlungen formuliert. Diese verdeutlichen, wie umfangreich und komplex eine Positionierung sein kann, da im Spannungsverhältnis demokratischer Grundsätze und politischer Realitäten schnell Widersprüche entstehen können, die zu Überforderung und Handlungsunfähigkeit von Akteuren und Organisationen führen können.

GRUNDSÄTZE ZUM UMGANG MIT DER AFD:

Der DNR bekennt sich in seiner Satzung und seinem Leitbild zu einem wissenschaftsbasierten Natur-, Umwelt- und Tierschutz. Er tritt rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen und anderen diskriminierenden oder menschenverachtenden Verfahrensweisen entschieden entgegen.

Aufbauend auf diesen Grundsätzen beschließt das DNR-Präsidium folgende Grundsätze im Umgang mit der Partei AfD:

- Aufgrund der zum Teil offen rassistischen, diskriminierenden und menschenverachtenden Äußerungen im Programm der AfD und diesbezüglicher Äußerungen von AfD Mitgliedern sehen wir keine gemeinsame fachpolitische Arbeitsgrundlage.
- Wir werden auch weiterhin entschieden für Pluralismus und kulturelle Vielfalt, für ein zusammenwachsendes Europa und eine faire Globalisierung eintreten. Dies entspricht unseren Grundsätzen und unserem Nachhaltigkeitsverständnis. Daher beteiligt sich der DNR zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren an Bündnissen und Aktionen gegen Rechts – wie z.B. der Allianz für Weltoffenheit.
- Wir werden uns mit den inhaltlichen Positionen der AfD sachlich auseinandersetzen. Insbesondere dort, wo Argumentationen ideologiegeleitet naturwissenschaftliche Fakten (z.B. den Klimawandel) ablehnen, werden wir uns entschieden zu Wort melden und diesen inhaltlich-argumentativ begegnen. Wir werden aber nicht auf jede Provokation aus den Reihen der AfD reagieren.
- Wir anerkennen selbstverständlich die Rechte von AfD-Parlamentarier*innen. Aufgrund ihrer menschenverachtenden und fremdenfeindlichen Prägungen werden wir sie oder andere Vertreter*innen der AfD aber nicht aktiv in unsere Arbeit einbeziehen oder bei Veranstaltungen des DNR berücksichtigen, um ihnen so eine Bühne zu bieten. Wir stehen zu der in unserer Satzung formulierten parteipolitischen Neutralität. Ausgewogenheit heißt jedoch nicht, dass wir immer alle Parteien zu Wort kommen lassen, sondern einen konstruktiv-kritischen Diskurs entlang von politischen Fachfragen zu führen.

Der Deutsche Naturschutzring wird sich klar menschen- und freiheitsrechtlich positionieren, menschenfeindliche Positionen mit einer eindeutigen Haltung konfrontieren und für eine offene Gesellschaft streiten. Hier geht es nicht darum, die AfD in einem ideologischen Streit zu besiegen, son-

dern in der Auseinandersetzung den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander in den Vordergrund zu stellen.

LINKS:

Antonio-Amadeo-Stiftung: [Positionieren. Konfrontieren. Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD](#)

Antonio-Amadeo-Stiftung: [Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen - Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD](#)

BUND: [Bewertung des AfD-Grundsatzprogramms](#)

Deutscher Kulturrat: [Gib mir ein Zeichen](#)

Greenpeace: [Gegen Ausgrenzung - für eine offene Gesellschaft](#)

NaturFreunde: [Radikalisierungsprävention im Naturschutz](#)

KONTAKT & WEITERE INFORMATIONEN:

Prof. Dr. Kai Niebert, Deutscher Naturschutzring (DNR), Tel.: 030/ 6781775-909, niebert@dnr.de
